

Friedenspolitik wählen!



Antworten der Parteien auf die friedenspolitischen Wahlprüfsteine zur Europawahl 2024



Auch zur Europawahl 2024 haben die Bundesgeschäftsstellen der deutschen Parteien CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP und Die Linke zentrale Online-Formulare eingerichtet, über die zivilgesellschaftliche Organisationen ihre Wahlprüfsteine einreichen konnten.

Im Folgenden dokumentieren wir die Antworten dieser Parteien auf die friedenspolitischen Wahlprüfsteine, die Ohne Rüstung Leben gemeinsam mit der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!«, dem Trägerkreis »Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen!«, dem forumZFD und Pax Christi eingereicht hat.

Diese Dokumentation soll interessierte Wählerinnen und Wähler bei ihrer Wahlentscheidung unterstützen. Die Antworten der Parteien wurden durch uns nicht bewertet, verändert oder kommentiert. Wir haben die Zusammenstellung sorgsam geprüft, dennoch sind Irrtümer oder Fehler vorbehalten.

Stand: 16. Mai 2024

Diese Broschüre wird bis zur Europawahl ergänzt und aktualisiert.

Die jeweils aktuelle Version und viele weitere friedenspolitische Informationen – zum Beispiel unsere Analyse der Wahlprogramme zur Europawahl 2024 – finden Sie unter:

www.ohne-ruestung-leben.de/europawahl2024

Eine Publikation von

Ohne Rüstung Leben • Arndtstraße 31 • 70197 Stuttgart
Telefon 0711 608396 • Telefax 0711 608357 • E-Mail [orl\[at\]gaia.de](mailto:orl[at]gaia.de)

Spendenkonto:





IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41 • BIC GENODEF1EK1 • Evangelische Bank



Antworten auf die friedenspolitischen Wahlprüfsteine 2024

- Ablehnung
 ⚡ teilweise / Antwort nicht eindeutig
 + Zustimmung

k.A. = Frage nicht beantwortet / Antwort bezieht sich nicht nachvollziehbar auf die gestellte Frage

					
Keine Atomwaffen und keine Atomwaffen-Befehlsstruktur für die EU	⚡	+	⚡		+
Abrüstung beziehungsweise Abzug der Atomwaffen aus allen EU-Staaten	-	⚡	-		+
Empfehlung an die EU-Staaten, dem UN-Atomwaffenverbot beizutreten	-	⚡	-		+
Diplomatie, Mediation, Krisenprävention und Menschenrechtsschutz ausbauen und finanziell besser ausstatten	⚡	+	⚡		+
Stärkung von Entwicklung, Ziviler Krisenprävention u. Friedensförderung	⚡	⚡	+		+
Zivile Mittel in der Nachbarschaftspolitik konsequent stärken	+	+	+		+
Keine Kopplung von Entwicklungszusammenarbeit und Migrationsabwehr	-	+	+		+
Verschärfung und einheitliche Anwendung der Rüstungsexport-Kriterien	-	+	k.A.		+
Europäisierung von Rüstungsexporten nur bei schärferen Kriterien	-	+	⚡		+
Keine Exportgenehmigung, wenn Rüstungslieferungen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im Empfängerland gefährden könnten	+	+	-		+



Antworten auf die friedenspolitischen Wahlprüfsteine 2024

Ablehnung
 teilweise / Antwort nicht eindeutig
 Zustimmung

k.A. = Frage nicht beantwortet / Antwort bezieht sich nicht nachvollziehbar auf die gestellte Frage

Regelungslücken bei Exporten von Dual-Use-Gütern schließen					
Keine Rüstungsfinanzierung durch die Europäische Investitionsbank					
Strenges EU-Lieferkettengesetz, das auch die Rüstungsindustrie erfasst					
Rüstungsunternehmen in der EU-Taxonomie nicht als nachhaltig einstufen					
Keine 1,5 Milliarden zur Steigerung der Rüstungs-Wettbewerbsfähigkeit					
Stopp der Reform des EU-Asylsystems (GEAS)					
Durchsetzung menschenrechtlicher und völkerrechtlicher Grundsätze bei Frontex					
Menschenrechtskonforme Behandlung von Geflüchteten an den Außengrenzen, sichere Einreise und Asylantrag auf EU-Gebiet					
Umsetzung des UN-Migrationspakt, mehr legale Wege der Zuwanderung					
Aufenthaltserlaubnis und Unterstützung für Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Ukraine und Belarus	k.A.				

Werden Sie sich im Rahmen Ihres Mandates dafür einsetzen, dass die EU keine eigenen Atomwaffen erhält und dass keine gemeinsame Planungs- und Befehlsstruktur für Atomwaffen in der EU geschaffen wird?

Ein Russland, das einen verbrecherischen und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine führt, kann kein Partner sein und ist eine reale Bedrohung für Europa. Wegen der Hinwendung der USA in den Indopazifik und wegen starker isolationistischer Kräfte in den USA müssen die europäischen Staaten künftig mehr Verantwortung in der NATO tragen und die eigenen militärischen Fähigkeiten ausbauen. Unser Ziel ist eine Sicherheits- und Verteidigungsgemeinschaft. Die nationalen Streitkräfte sollen in einer starken europäischen Verteidigungsunion enger zusammenarbeiten. Auch die nukleare Teilhabe als wichtiges Element der nuklearen Abschreckung soll zusammen mit unseren europäischen Partnern wie Frankreich und dem Vereinigten Königreich im Rahmen der NATO weiterentwickelt werden.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für die komplette Abrüstung bzw. den Abzug aller Atomwaffen in den Mitgliedsstaaten der EU stark machen? Derzeit betrifft dies Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien und die Niederlande.

Siehe Antwort auf die nächste Frage.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die EU eindeutig Position für ein Verbot aller nuklearen Waffen bezieht und den Regierungen ihrer Mitgliedsstaaten empfiehlt, den UN-Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen?

Solange es Staaten mit Atomwaffen gibt, die unsere Wertegemeinschaft aktiv herausfordern, braucht Europa weiterhin einen nuklearen Schutzschirm und die freien Demokratien müssen für eine wirksame Abschreckung ebenfalls über Atomwaffen zu ihrer Verteidigung verfügen. Deshalb bleibt die Beteiligung Deutschlands und anderer europäischer Staaten an der nuklearen Teilhabe im Rahmen der NATO ein wichtiger Bestandteil einer glaubwürdigen Abschreckung im Bündnis. Deutschland und unsere europäischen Verbündeten müssen sich auch künftig entschlossen zur nuklearen Teilhabe innerhalb der NATO bekennen und die notwendigen Mittel dafür bereitstellen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die bisherigen Stärken der EU im Bereich der Diplomatie, Mediation und des Aufbaus von Institutionen für Krisenprävention und Menschenrechtsschutz ausgebaut und mit mehr finanziellen Mitteln ausgestattet werden?

CDU und CSU wollen, dass Europa aufbauend auf den eigenen Stärken als geopolitischen Akteur mehr Verantwortung übernimmt. Wir wollen schneller zu einer EU-Position in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) kommen. Es soll hier deshalb künftig mit qualifizierter Mehrheit abgestimmt werden können. Die Position des Hohen Vertreters der GASP und die Rolle des Europäischen Auswärtigen

Dienstes wollen wir stärken. Dies gilt ebenso für die Beziehung Europas zum Globalen Süden. Wir wollen sie durch die »Global Gateway Initiative«, durch Wirtschafts- und Handelspartnerschaften sowie durch die Entwicklungszusammenarbeit ausbauen. Schließlich wollen wir in der EU die bestehenden zivilen Planungs- und Führungsstrukturen verbessern. Die für diese Maßnahmen erforderlichen finanziellen Mittel müssen bereitgestellt werden.

Werden Sie sich für eine Stärkung des Entwicklungsfonds und für die Aufstockung der Mittel für zivile Krisenprävention und Friedensförderung sowie für Demokratie und Menschenrechte im Globalen Süden einsetzen?

CDU und CSU setzen sich für die Wahrung des Völkerrechts, den Schutz der multilateralen Ordnung sowie für die Menschen- und Minderheitenrechte ein. Die Förderung der EU für die Demokratie sowie für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung insbesondere im Globalen Süden ist auch in unserem Interesse. Hierfür sind der Entwicklungsfonds sowie die zivile Krisenprävention und Friedensförderung wichtige Instrumente. Sie bedürfen daher in unseren unruhigen Zeiten ebenfalls die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel.

Werden Sie sich für dafür einsetzen, dass die EU auch im Bereich der Nachbarschaftspolitik (in Osteuropa, im westlichen Balkan und in Nordafrika) die Mittel für zivile Krisenprävention und Friedensförderung, Demokratie und Menschenrechte konsequent stärkt?

CDU und CSU wollen die EU-Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik neu ausrichten. Die Mittel für zivile Krisenprävention und Friedensförderung, Demokratie und Menschenrechte müssen dazu aufgestockt werden. Der EU-Beitritt der sechs Westbalkan-Länder, der Ukraine und der Republik Moldau liegt im Interesse Deutschlands und Europas. Vor einem EU-Beitritt müssen alle Beitrittskriterien vollständig erfüllt sein. Um EU-Beitrittskandidaten eine konkrete Perspektive zu bieten, schlagen wir Zwischenstufen für EU-Kandidatenländer vor. Wir wollen zudem die Beziehung Europas zu den Staaten in Nordafrika durch Wirtschafts- und Handelspartnerschaften sowie durch die Entwicklungszusammenarbeit stärken.

Werden Sie gegen alle Vorhaben stimmen, die Kooperation bei der Rücknahme von Geflüchteten und der sog. Migrationsabwehr zur Voraussetzung für Europäische Entwicklungszusammenarbeit mit Partnerländern machen?

Staaten, die sich bei nachweislicher Identifizierung ihrer Staatsangehörigen ohne Passpapiere nicht kooperativ zeigen, muss mit geeigneten Maßnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und restriktiver Visapolitik begegnet werden.

Welche Vorschläge haben sie, um die zivile Dimension der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) auszubauen, und werden Sie sich dafür einsetzen, dass diese personell und finanziell besser ausgestattet wird?

CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass die EU in der Lage ist, verschiedene Arten ziviler Missionen innerhalb des gesamten Spektrums der Krisenbewältigungsaufgaben durchzuführen, einschließlich Überwachung, Kapazitätsaufbau und Beratung. Für eine Erhöhung der Wirksamkeit ziviler Missionen setzen wir auf die Stärkung der Polizei, der Rechtsstaatlichkeit und der zivilen Verwaltung in den Einsatzgebieten. Hierfür sind Reformen auch des Sicherheitssektors und die Verbesserung von Überwachungsaufgaben notwendig.

Werden Sie sich im Fall Ihrer Wahl für eine umfassende Verschärfung der Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes für Rüstungsexporte und für deren einheitliche Anwendung einsetzen?

Siehe Antwort auf die nächste Frage.

Werden Sie diese Verschärfung der Kriterien für den Rüstungsexport und ihre einheitliche Umsetzung zur zwingenden Voraussetzung für eine weitere Europäisierung von Rüstungsexporten und Rüstungsexportkontrolle machen?

Spätestens der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat offengelegt, dass die Europäer zu wenig in ihre Verteidigung investiert haben. Wir wollen mehr militärische Ausrüstung gemeinsam mit europäischen Partnern entwickeln und beschaffen. Hierfür brauchen wir einen europäischen Binnenmarkt für Rüstungsgüter und gemeinsame europäische Exportregeln in der Rüstungsproduktion. Die Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes für Rüstungsexporte sind bereits sehr scharf und müssen für einen fairen Wettbewerb einheitlich angewendet werden. Eine weitere Verschärfung der gemeinsamen EU-Exportkriterien würde dem für unsere Sicherheit in Europa dringenden Aufwuchs der europäischen Verteidigungsindustrie und dem Gelingen gemeinsamer europäischer Rüstungsprojekte entgegenstehen.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass Rüstungsexporte nicht genehmigt werden dürfen, falls diese die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Empfängerlandes gefährden können?

Das 8. Kriterium des Gemeinsamen Standpunktes für Rüstungsexporte zur »Vereinbarkeit der Ausfuhr von Militärtechnologie oder Militärgütern mit der technischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Empfängerlandes« muss, wie die anderen Kriterien auch, beachtet werden.

Werden Sie dafür eintreten, dass bestehende Regelungslücken in den Dual-Use Verordnungen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten (beispielsweise für Überwachungstechnologien) geschlossen werden?

CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass Güter mit doppeltem Verwendungszweck, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können, angemessen reguliert werden. So können wir nach Möglichkeit missbräuchliche Verwendungen für militärische Zwecke oder zur Unterdrückung der Bevölkerung durch autoritäre Regime verhindern. Da Regime wie in Russland, China, Nordkorea, im Iran und deren

Unterstützern in der Region auch nach außen aggressiver auftreten und die freien Demokratien immer offener herausfordern, ist die Verhinderung des Missbrauchs von Dual-Gütern noch vordringlicher geworden.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass zukünftig keine Rüstungsprojekte im Rahmen der Strategischen Europäischen Sicherheitsinitiative (SESI) durch die Europäischen Investitionsbank finanziert werden?

Angesichts des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine und der realen Bedrohung Europas durch Russland müssen die Kapazitäten der europäischen Rüstungsindustrie rasch erhöht werden. CDU und CSU unterstützen daher die mit großer Mehrheit verabschiedete Entschließung des Europäischen Parlaments vom 28. Februar 2024, in der die Europäische Investitionsbank aufgefordert wird, ihre Beschränkungen für die Finanzierung der Rüstungsindustrie aufzuheben.

Werden Sie sich für ein strenges EU-weites Lieferkettengesetz einsetzen, das die Rüstungsindustrie in vollem Umfang erfasst?

Der internationale normative Rahmen ist eindeutig: Die Verpflichtung von Unternehmen zur Achtung der Menschenrechte gilt unabhängig von der Branche oder der Art der Produkte oder Dienstleistungen. CDU und CSU halten es jedoch für richtig, dass die nun beschlossene EU-Lieferkettenrichtlinie trotz anderer Unzulänglichkeiten ausdrücklich nicht genehmigungspflichtige Rüstungsexporte miteinschließt, weil diese bereits durch eine eigene EU-Regulierung erfasst werden.

Werden Sie dafür eintreten, dass Rüstungsunternehmen im Rahmen des Taxonomiesystems der EU nicht als nachhaltig eingestuft werden?

CDU und CSU begrüßen es, dass die Europäische Kommission der Einführung einer sozialen Taxonomie im Rahmen der Vorstellung der EU-Strategie für die Verteidigungsindustrie eine Absage erteilt hat. Sie hat damit verhindert, dass eine solche Taxonomie Investitionen in die Verteidigungsindustrie möglicherweise erschwert hätte. Im Gegenteil: Sie versucht solche Investitionen nun sogar verstärkt anzuregen. Die Europäische Kommission stellte – zwar rechtlich unverbindlich, aber dennoch explizit – klar, dass die EU-Verteidigungsindustrie einen entscheidenden Beitrag zur »sozialen Nachhaltigkeit« leistet. Ihr Argument: Die Verteidigungsindustrie trägt zur Widerstandsfähigkeit, zur Sicherheit und zum Frieden in der EU bei.

Werden Sie gegen die von der EU-Kommission geplante Verwendung von 1,5 Mrd. Euro zur Steigerung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit im Rüstungsbereich stimmen?

Nein, denn angesichts des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine und der realen Bedrohung Europas durch Russland müssen die Kapazitäten der europäischen Rüstungsindustrie rasch erhöht werden.

Wie werden Sie sich einsetzen für eine weltoffene, demokratische und humane Gesellschaft, in der das Recht auf Asyl respektiert und die Aufnahme Asylsuchender gemäß den internationalen Verpflichtungen gewährleistet wird?

Wir stehen fest zu unserer humanitären Verpflichtung, verfolgten Menschen zu helfen. Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll ein Asylverfahren bekommen. Dies soll in einem sicheren Drittstaat außerhalb der EU stattfinden. Hierfür muss ermöglicht werden, dass diese Verfahren allen rechtsstaatlichen Voraussetzungen entsprechen. Im Falle der Anerkennung soll der sichere Drittstaat den Menschen Schutz gewähren. Dies ist sowohl mit der Genfer Flüchtlingskonvention als auch mit der Europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar, solange die Staaten sowohl die Genfer Flüchtlingskonvention als auch die Europäische Menschenrechtskonvention befolgen und man sicher sein kann, dass sie Schutzberechtigte nicht abschieben. Wir sprechen uns dafür aus, dass nach der erfolgreichen Umsetzung dieses Drittstaatskonzepts eine Koalition der Willigen innerhalb der EU jährlich ein Kontingent schutzbedürftiger Menschen aus dem Ausland aufnimmt, in der Europäischen Union verteilt und die Menschen somit Schutz in einem europäischen Land erhalten.

Werden Sie sich für einen Stopp der GEAS-Reform einsetzen?

Wir stehen hinter dem neuen europäischen Migrationspakt. Die Ergebnisse sind wichtige Schritte in die richtige Richtung, um die irreguläre Migration, die Deutschland und Europa vor erhebliche Probleme stellt, zu stoppen. Die GEAS-Reform muss schnellstmöglich umgesetzt werden. Den angestoßenen Weg werden wir konsequent weitergehen.

Was werden Sie unternehmen, um einen sofortigen Stopp der illegalen Praxis an den europäischen Außengrenzen (Pushbacks) zu erreichen?

Siehe Antwort auf die übernächste Frage

Werden Sie sich dafür stark machen, dass die EU-Grenzschutzagentur Frontex sich an menschenrechtliche und völkerrechtliche Grundsätze hält?

Derzeit herrscht an europäischen Grenzen viel Unrecht. Ein großes Problem sind kriminelle Schlepper. Sie organisieren für ihren eigenen wirtschaftlichen Vorteil irreguläre Migration in die EU und treten Menschenrechte und die Menschenwürde mit Füßen. Um diesen Zustand zu beenden, wollen wir, dass nicht kriminelle Schlepper, sondern staatliche Behörden über die Einreise in die EU entscheiden. Dazu muss Frontex eine echte Grenzpolizei und Küstenwache mit hoheitlichen Befugnissen und 30.000 Grenzschützern werden. Wir bekennen uns fest zu unserer humanitären Verpflichtung, verfolgten Menschen zu helfen. Daher soll jeder, der die Grenzen Europas erreicht und Asyl beantragt, ein Asylverfahren nach allen rechtsstaatlichen Voraussetzungen bekommen – in einem sicheren Drittstaat. Er soll weder an den Grenzen zurückgedrängt werden (Pushbacks), noch in ein Land geschoben werden, in dem ihm Gefahr droht.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Geflüchtete an den EU-Grenzen menschenrechtskonform behandelt werden, dass sie sicher einreisen und Asylanträge auf EU-Gebiet stellen können und weder Pushbacks noch Abschiebung in unsichere Drittstaaten befürchten müssen?

Schutzsuchende, die die EU-Außengrenzen erreichen, sollen ein Asylverfahren nach allen rechtstaatlichen Vorgaben und im Einklang mit der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention erhalten. Dies soll jedoch nicht auf EU-Gebiet, sondern in einem sicheren Drittstaat stattfinden. Menschen, die einen Asylantrag in der EU stellen wollen, werden also weder an den Grenzen zurückgedrängt (Pushbacks), noch in Drittstaaten geschoben, die unsicher sind und in denen ihnen Gefahr droht. Wir sprechen uns darüber hinaus dafür aus, dass nach der erfolgreichen Umsetzung dieses Drittstaatskonzepts eine Koalition der Willigen innerhalb der EU jährlich ein Kontingent schutzbedürftiger Menschen aus dem Ausland aufnimmt. Diese sollen in der Europäischen Union verteilt werden und somit Schutz in einem EU-Land erhalten.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die international verbrieften Rechte von Migrant*innen beachtet werden, dass der UN-Migrationspakt umgesetzt und dass in diesem Rahmen (auch) mehr legale Wege der Zuwanderung auch nach Deutschland ermöglicht werden?

Deutschland und Europa müssen attraktiver für qualifizierte Fachkräfte werden, die Verfahren müssen rein digital bearbeitet werden. Die entsprechenden Arbeitsvisa sind schnell zu erteilen, wenn alle Voraussetzungen für eine Arbeit in Deutschland vorliegen. Für den Bereich der Asilmigration steht unser Konzept der sicheren Drittstaaten im Einklang mit der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention, zu denen wir uns fest bekennen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Belarus und der Ukraine, die in EU-Mitgliedstaaten geflüchtet sind, eine Aufenthaltserlaubnis erhalten und in ihren Rechten unterstützt werden?

Der asylrechtliche Schutz hat seine rechtliche Grundlage in der deutschen Verfassung, dem Völkerrecht und dem EU-Recht. Die hier geregelten Schutzgründe beruhen bspw. auf der Genfer Flüchtlingskonvention und der EU-Anerkennungsrichtlinie. In Deutschland entscheiden das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie Verwaltungsgerichte, ob Schutzgründe auf dieser Basis vorliegen und Schutz gewährt wird. Wir stehen fest zu diesen Schutzgründen, die unabhängig von der Nationalität eines Schutzsuchenden gelten.

Bündnis 90/Die Grünen

Werden Sie sich im Rahmen Ihres Mandates dafür einsetzen, dass die EU keine eigenen Atomwaffen erhält und dass keine gemeinsame Planungs- und Befehlsstruktur für Atomwaffen in der EU geschaffen wird?

Ja, denn Abrüstung, Rüstungskontrolle und die Nichtverbreitung von Waffen sind und bleiben wesentliche Pfeiler jeder Friedenspolitik. Sie bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Das Ziel unserer Bemühungen bleibt eine atomwaffenfreie und friedliche Welt. Auch in unsicheren Zeiten wollen wir daher die Rüstungskontrolle stärken, vertrauensbildende Maßnahmen fördern und bi- bzw. multilaterale Abrüstungsinitiativen voranbringen. Daher sollte die EU sich für eine Stärkung des Vertrags zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) als zentralen Pfeiler der nuklearen Rüstungskontrolle einsetzen. Darüber hinaus sollte die EU ihre Mitgliedstaaten dazu ermutigen, den Atomwaffenverbotsvertrag konstruktiv zu begleiten, als Beobachter an der Vertragsstaatenkonferenz teilzunehmen und sich zur Vision Global Zero zu bekennen. Dies sind erste Schritte auf dem Weg zu einem sukzessiven gemeinsamen Beitritt und einer atomwaffenfreien Welt.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für die komplette Abrüstung bzw. den Abzug aller Atomwaffen in den Mitgliedsstaaten der EU stark machen? Derzeit betrifft dies Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien und die Niederlande.

Dies bleibt unser politisches Ziel. Damit muss jedoch einhergehen, dass auch Russland vergleichbare Schritte der nuklearen Abrüstung geht. Der russische Angriffskrieg geht einher mit zahlreichen atomaren Drohungen Russlands und hat daher leider aktuell die Situation und damit die diesbezügliche Perspektive verändert.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die EU eindeutig Position für ein Verbot aller nuklearen Waffen bezieht und den Regierungen ihrer Mitgliedsstaaten empfiehlt, den UN-Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen?

In der aktuellen Situation, mit der akuten atomaren Bedrohung durch Russland, werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass sich die Ukraine erfolgreich gegen die russische Besatzung verteidigen kann und wir nach dem Ende des Krieges gemeinsam mit Russland auf einen Pfad der Abrüstung kommen. An dessen Ende steht dann - hoffentlich - ein gemeinsames Unterzeichnen des UN-Atomwaffenverbotsvertrages. Derzeit scheint diese Perspektive leider weit entfernt.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die bisherigen Stärken der EU im Bereich der Diplomatie, Mediation und des Aufbaus von Institutionen für Krisenprävention und Menschenrechtsschutz ausgebaut und mit mehr finanziellen Mitteln ausgestattet werden?

Wir setzen uns für eine vorausschauende Außen- und Sicherheitspolitik ein, die Konflikte frühzeitig erkennt und handelt. Wir wollen die EU-Mittel für friedensfördernde zivile Akteure aufstocken. Dabei muss die EU lokale zivilgesellschaftliche Konzepte

und Akteure in der Friedensförderung stärker unterstützen sowie Förderrichtlinien in diesem Zusammenhang flexibilisieren und Mittelvergaben planbar gestalten. Die Fähigkeiten zur Friedenssicherung und Konfliktbearbeitung der UN und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie von Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union wollen wir systematisch stärken. Durch eine Politik der Prävention leisten wir auch einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen. Gefestigte lokale Strukturen und funktionierende staatliche Institutionen, die Menschenrechte schützen und Daseinsvorsorge gewährleisten, mindern die Wahrscheinlichkeit von Konflikten, die menschliches Leid erzeugen und Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen.

Werden Sie sich für eine Stärkung des Entwicklungsfonds und für die Aufstockung der Mittel für zivile Krisenprävention und Friedensförderung sowie für Demokratie und Menschenrechte im Globalen Süden einsetzen?

Wir setzen uns für eine vorausschauende Außen- und Sicherheitspolitik ein, die Konflikte frühzeitig erkennt und ihnen begegnet. Hierbei ist die Zusammenarbeit der Politikfelder und Kohärenz der Ansätze wichtig. Wir wollen die EU-Mittel für friedensfördernde zivile Akteure umfassend aufstocken. Dabei muss die EU lokale zivilgesellschaftliche Konzepte und Akteure in der Friedensförderung stärker unterstützen sowie Förderrichtlinien in diesem Zusammenhang flexibilisieren und Mittelvergaben planbar gestalten. Wir wollen die EU-Mittel und Ansätze für Stabilisierungsmaßnahmen stärken, um in Krisen flexibel, gezielt und effektiv handeln zu können.

Werden Sie sich für dafür einsetzen, dass die EU auch im Bereich der Nachbarschaftspolitik (in Osteuropa, im westlichen Balkan und in Nordafrika) die Mittel für zivile Krisenprävention und Friedensförderung, Demokratie und Menschenrechte konsequent stärkt?

Die Grünen waren in der Regierungszeit 1998-2005 die Urheber für die zivile Krisenprävention und die Friedensförderung im Bund. Wir waren auf der Bundes- und auf der europäischen Ebene immer die treibende Kraft für eine bessere Ausstattung ziviler Krisenprävention. Wir haben gemeinsam mit den Bundesländern dafür gesorgt, dass Auslandsaufenthalte für Jurist*innen und Polizist*innen kein Beförderungshindernis sind, sondern sich im Gegenteil fördernd auf die Karriere auswirken. Insbesondere bei den nächsten Erweiterungsschritten wollen wir die Unterstützungsleistung für die Konfliktgebiete erhöhen. Im Globalen Instrument NDICI sind hierfür für Konfliktverhütung, Stabilität und Frieden oder Menschenrechte über sechs Milliarden Euro vorgesehen. Wir haben uns für einen deutlich höheren Beitrag stark gemacht. Es gibt aktuell zivile EU-Beobachtungsmissionen in der Ukraine, Armenien und Georgien, für deren Erweiterung wir uns GRÜNE im Europaparlament stark gemacht haben. In Moldau hat die EU mit unserer Unterstützung eine neue EU-Mission zur Aufklärung im Kampf gegen Desinformation eingerichtet.

Werden Sie gegen alle Vorhaben stimmen, die Kooperation bei der Rücknahme von Geflüchteten und der sog. Migrationsabwehr zur Voraussetzung für Europäische Entwicklungszusammenarbeit mit Partnerländern machen?

Wir stehen nicht nur in unserem Wahlprogramm, sondern auch im Europäischen Parlament konsequent dafür ein, dass entwicklungspolitische Gelder nicht an eine Kooperation im Migrationsbereich geknüpft werden. Migrationsabkommen können sinnvoll sein, aber Diktaturen einfach Geld dafür zu geben, dass sie Menschen von der Flucht abhalten, erzeugt vor allem zusätzliches Leid, weitere Fluchtursachen und stabilisiert autokratische Verhältnisse in Herkunfts- und Transitländern. Auch eine Reduzierung von ankommenden Schutzsuchenden wird dadurch nicht erreicht. Der Abschluss von Migrationsabkommen sollte grundsätzlich Menschenrechte schützen und legale und geordnete Mobilität mit den Partnerländern vorsehen. Diese Abkommen können sinnvoll sein, wenn sie darauf abzielen, Fluchtursachen zu bekämpfen und Menschen Perspektiven zu bieten, ohne autokratische Regimes zu stärken, zum Beispiel durch begleitende Maßnahmen, die die Zivilgesellschaft fördern.

Welche Vorschläge haben sie, um die zivile Dimension der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) auszubauen, und werden Sie sich dafür einsetzen, dass diese personell und finanziell besser ausgestattet wird?

Wir wollen die EU-Mittel und Ansätze für Stabilisierungsmaßnahmen stärken, um in Krisen flexibel, gezielt und effektiv handeln zu können. Die EU muss weltweit ihre Stärke als Vermittlerin in Konflikten nutzen und ausbauen. Wir wollen zivile Missionen der GSVP als Instrument der EU-Außenpolitik durch mehr finanzielle Ressourcen und Personal stärken und systematisch fortentwickeln, um zum Beispiel die Polizei oder das Justizwesen in fragilen Staaten zu unterstützen. Um Mitgliedstaaten bei ihren Maßnahmen der zivilen Krisenprävention und des Krisenmanagements besser zu vernetzen, wollen wir das European Centre of Excellence for Civilian Crisis Management ausbauen. Die europäischen und internationalen Organisationen, die humanitäre Hilfe für Menschen in Notlagen leisten, wollen wir stärken - auch durch eine bessere finanzielle Ausstattung sowie effizientere und flexiblere Strukturen und Vergaberichtlinien der europäischen Organisation für humanitäre Hilfe ECHO.

Werden Sie sich im Fall Ihrer Wahl für eine umfassende Verschärfung der Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes für Rüstungsexporte und für deren einheitliche Anwendung einsetzen?

Die gemeinsame Entwicklung, Anschaffung und Nutzung von europäischen Waffensystemen schafft mehr Sicherheit und Wirtschaftlichkeit. Für diese EU-Gemeinschaftsprojekte braucht es einheitliche und restriktive europäische Ausfuhrregeln. Wir wollen hierfür auf der Grundlage des Gemeinsamen Standpunktes der EU eine Rüstungsexportkontrollverordnung beschließen, die Transparenz und Klarheit schafft sowie auf europäischen Werten und einer gemeinsamen Einschätzung der Sicherheitslage beruht. Es muss klare Entscheidungsmechanismen und vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) einklagbare Sanktionsmöglichkeiten geben. Vorangehende Risikoanalysen sowie verbindliche und physische Endverbleibskontrollen müssen dabei vorgeschrieben und konsequent durchgeführt werden. Europäische Waffen dürfen nicht weiter in die Hände von Regimen gelangen, die Menschenrechte systematisch verletzen oder diese für Verbrechen der Aggression nutzen.

Werden Sie diese Verschärfung der Kriterien für den Rüstungsexport und ihre einheitliche Umsetzung zur zwingenden Voraussetzung für eine weitere Europäisierung von Rüstungsexporten und Rüstungsexportkontrolle machen?

Siehe Antwort auf vorherige Frage

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass Rüstungsexporte nicht genehmigt werden dürfen, falls diese die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Empfängerlandes gefährden können?

Wir setzen uns für eine EU-Rüstungsexportkontrollverordnung auf der Grundlage des Gemeinsamen Standpunkts und seiner acht Kriterien ein, die auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes berücksichtigen. Am 8. Dezember 2008 hat der Rat der Europäischen Union einen Gemeinsamen Standpunkt für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern beschlossen. Darin wird die besondere Verantwortung der EU gegenüber der Einhaltung und Förderung der internationalen Sicherheit und des Friedens betont. Dies schlägt sich insbesondere in den acht Kriterien nieder, die bei der Erteilung von Exportgenehmigungen berücksichtigt werden sollen. Unter anderem werden darin die Einhaltung der Menschenrechte (Kriterium 2), die Bewahrung sowohl interner als auch regionaler Stabilität (Kriterium 4) sowie die »Vereinbarkeit der Ausfuhr von Militärtechnologie oder Militärgütern mit der technischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Empfängerlandes« (Kriterium 8) genannt.

Werden Sie dafür eintreten, dass bestehende Regelungslücken in den Dual-Use Verordnungen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten (beispielsweise für Überwachungstechnologien) geschlossen werden?

Wir setzen uns für ein Exportverbot für Überwachungstechnologien an repressive Regime ein.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass zukünftig keine Rüstungsprojekte im Rahmen der Strategischen Europäischen Sicherheitsinitiative (SESI) durch die Europäische Investitionsbank finanziert werden?

Am 28. Februar 2024 verabschiedete das Europäische Parlament eine Entschließung zur Finanztätigkeit der Europäischen Investitionsbank – Jahresbericht 2023. Darin wird die Bank unter Absatz 31 aufgefordert, »ihre Unterstützung der Strategischen Europäischen Sicherheitsinitiative und der europäischen Verteidigungsindustrie, einschließlich KMU, zu verstärken« und »ihre Förderfähigkeitsliste dahingehend zu überarbeiten, dass Munition und militärische Ausrüstung, die über Anwendungen mit doppeltem Verwendungszweck hinausgehen, nicht länger von der EIB-Finanzierung ausgeschlossen werden«. Diese Entschließung wurde von den Mitgliedern der Fraktion der Grünen/Europäische Freie Allianz unterstützt.

Werden Sie sich für ein strenges EU-weites Lieferkettengesetz einsetzen, das die Rüstungsindustrie in vollem Umfang erfasst?

Als globale Wirtschaftsakteurin muss die EU bei einer zukunftsorientierten Handelspolitik Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ins Zentrum rücken. Ambitionierte europäische Gesetze zur Regulierung der Lieferketten und ihre nationale Umsetzung sind ein wichtiger Hebel, um diese Ziele zu erreichen und nicht nur die unmittelbaren Zulieferer, sondern die gesamte Lieferkette abzudecken. So haben wir GRÜNE schon lange für ein strenges EU-Lieferkettengesetz gekämpft und werden nun darauf achten, dass wir die neue europäische Lieferketten-Richtlinie in nationales Recht umsetzen und, wo nötig, nationale Vorgaben anpassen. Zwar ist im EU-Lieferkettengesetz die Herstellung von Waffen inbegriffen, allerdings wurden leider der Vertrieb, die Beförderung, die Lagerung und die Entsorgung eines Produkts, das der Ausfuhrkontrolle eines Mitgliedstaats unterliegt, von der Regulierung ausgeschlossen. Das inkludiert auch Dual-Use-Produkte. Wir hatten diesen Ausschluss immer kritisiert.

Werden Sie dafür eintreten, dass Rüstungsunternehmen im Rahmen des Taxonomiesystems der EU nicht als nachhaltig eingestuft werden?

Die grüne Taxonomie der EU ist ein Mittel, um die Finanzierung umweltverträglicher Wirtschaftsaktivitäten zu unterstützen. Die Aufnahme von Atom und Gas in die bestehende Taxonomie hat zu viel Unklarheit geführt. Wir sind nicht der Meinung, dass die Taxonomie auf Rüstungsunternehmen ausgeweitet werden soll. Das Instrument eignet sich nicht für den Rüstungsbereich.

Werden Sie gegen die von der EU-Kommission geplante Verwendung von 1,5 Mrd. Euro zur Steigerung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit im Rüstungsbereich stimmen?

Im Verteidigungssektor führt die unkoordinierte Beschaffung der EU-Mitgliedstaaten zu einer komplexen Systemvielfalt, ausbleibenden Skaleneffekten und damit zur ineffektiven Nutzung von Steuergeldern. Unser Ziel ist eine kosteneffektive europäische Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern. Wir teilen die Zielsetzung von bestehenden Finanzinstrumenten wie dem European Defense Fund (EDF) oder der gemeinsamen Beschaffung (EDIRPA). Allerdings sind diese Instrumente unzureichend, rechtlich fragil und die parlamentarische Kontrolle stark eingeschränkt. Deswegen wollen wir mittelfristig ein rechtssicheres Finanzinstrument schaffen, das die bestehenden Einzelprogramme ersetzt und den gesamten militärischen Fähigkeitszyklus abdeckt – von industrieller Forschung und Entwicklung über Beschaffung bis hin zu Instandhaltung und Training. Diese Ausgaben müssen streng vom Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten kontrolliert werden. Es geht darum, Mittel effizienter einzusetzen und zu bündeln.

Wie werden Sie sich einsetzen für eine weltoffene, demokratische und humane Gesellschaft, in der das Recht auf Asyl respektiert und die Aufnahme Asylsuchender gemäß den internationalen Verpflichtungen gewährleistet wird?

Wir kämpfen für eine EU, die den Zugang zum Menschenrecht auf Asyl garantiert sowie die humanitären und völkerrechtlichen Verpflichtungen wie die UN-Flüchtlingskonvention einhält. Das Leid, das Menschen auf Fluchtrouten nach Europa und an

den europäischen Außengrenzen erleben, ist untragbar. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Rechte Asylsuchender gewahrt und geschützt werden. Wir wollen auch die staatliche Unterstützung ziviler Organisationen, u.a. finanziell, verbessern. Der erfolgte Einstieg Deutschlands in die finanzielle Unterstützung privater Seenotrettungs-NGOs ist hier ein wichtiger Schritt.

Werden Sie sich für einen Stopp der GEAS-Reform einsetzen?

Die derzeitige Situation an den europäischen Grenzen ist unerträglich. So darf es nicht bleiben. Als GRÜNE haben wir für konkrete Lösungen gekämpft, die Humanität und Ordnung zusammenbringen, die unseren humanitären Ansprüchen und Verpflichtungen ebenso gerecht werden wie den großen Herausforderungen in unseren Kommunen und an den Außengrenzen sowie unserer europapolitischen Verantwortung. Die Reform enthält einige Verbesserungen und an vielen Stellen auch schmerzhafte Punkte. Es bleibt ein hoher Wert, dass die EU – bei teils weit auseinanderliegenden Positionen zwischen den Mitgliedstaaten – hier zusammenfindet und Handlungsfähigkeit beweist. Wir werden uns auch – und insbesondere in der Umsetzung der europäischen Beschlüsse – weiter dafür einsetzen, Humanität und Ordnung miteinander zu vereinen und das Sterben im Mittelmeer zu beenden.

Was werden Sie unternehmen, um einen sofortigen Stopp der illegalen Praxis an den europäischen Außengrenzen (Pushbacks) zu erreichen?

Die illegalen Pushbacks und andere rechtswidrige Vorgehensweisen müssen konsequent geahndet und sanktioniert werden. Wir wollen dafür die EU-Grundrechteagentur stärken sowie das staatliche und zivilgesellschaftliche Menschenrechtsmonitoring weiter ausbauen. Wir machen regelmäßig auf die massiven Rechtsbrüche an den Außengrenzen aufmerksam, besuchen Betroffene, Hilfsorganisationen und Behörden vor Ort und erhöhen den Druck, um diesen würdelosen Zustand zu beenden, in dem Menschen auf der Flucht entrechtet und misshandelt werden.

Werden Sie sich dafür stark machen, dass die EU-Grenzschutzagentur Frontex sich an menschenrechtliche und völkerrechtliche Grundsätze hält?

Ja. Wir GRÜNE üben seit Jahren Druck auf Frontex aus, damit sich die Agentur an menschenrechtliche und völkerrechtliche Grundsätze hält. Im Februar 2021 wurde auf Drängen der Grünen eine Frontex-Untersuchungsgruppe im Europäischen Parlament eingerichtet, die dazu beitrug, dass Direktor Fabrice Leggeri zurücktreten musste. Außerdem wurde Frontex auch die Haushaltsentlastung verweigert – weil Gelder nicht zweckmäßig eingesetzt wurden. Frontex darf sich nicht an rechtswidrigen Einsätzen beteiligen und solche Einsätze konsequent und zeitnah beenden – so wie es in der Frontex-Verordnung vorgesehen ist. Es bedarf einer engmaschigen parlamentarischen Kontrolle von Frontex-Einsätzen. Wir setzen uns dafür ein, dass Frontex nicht nur vom Europäischen Parlament, sondern auch von nationalen Parlamenten besser überwacht wird. Dazu gehört auch der Zugriff auf Einsatzberichte. Es muss einfacher werden, Frontex für Rechtsverstöße zur Rechenschaft zu ziehen, beispielsweise durch eine eigene Haftungsgrundlage. Dies ist die Grundlage dafür,

einen gemeinsamen europäischen Grenzschutz zu schaffen, in dem auch die Rechte von Menschen auf der Flucht geschützt werden.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Geflüchtete an den EU-Grenzen menschenrechtskonform behandelt werden, dass sie sicher einreisen und Asylanträge auf EU-Gebiet stellen können und weder Pushbacks noch Abschiebung in unsichere Drittstaaten befürchten müssen?

Ja, dafür werden wir uns weiterhin einsetzen. Trotz völker- und europarechtlicher Prinzipien erleben wir immer wieder systematische Rechtsbrüche an den europäischen Außengrenzen. Das Leid an den Grenzen und Menschenrechtsverstöße muss beendet werden. Der Umgang mit geflüchteten Ukrainer*innen zeigt, dass geordnete Verfahren möglich sind. Wir wollen, dass Menschen an den Außengrenzen zuverlässig registriert werden. Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen sowie Anwälte*innen müssen Zugang zu Geflüchteten und Grenzregionen haben. Illegale Pushbacks oder andere rechtswidrige Vorgehensweisen müssen konsequent sanktioniert werden. Klar ist auch, dass Menschen nicht in Staaten abgeschoben werden dürfen, bei denen menschenrechtliche oder völkerrechtliche Gründe entgegenstehen. Eine Rückführung darf nur in Länder erfolgen, zu denen die betroffene Person eine klare Verbindung hat.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die international verbrieften Rechte von Migrant*innen beachtet werden, dass der UN-Migrationspakt umgesetzt und dass in diesem Rahmen (auch) mehr legale Wege der Zuwanderung auch nach Deutschland ermöglicht werden?

Europa steht vor einem demografischen Wandel mit einer rasch alternden Bevölkerung und sucht händeringend nach Fach- und Arbeitskräften. Für diese muss die Einreise und das Ankommen erleichtert werden, indem beispielsweise die Anerkennung von Bildungsabschlüssen aus Drittstaaten einheitlich und unbürokratisch gestaltet wird. Wir wollen zudem sichere Fluchtwege schaffen, denn so schützen wir Menschenleben und legen Schlepperbanden und Menschenhandel das Handwerk. Damit schützen wir auch vulnerable Gruppen, die momentan kaum Fluchtmöglichkeiten haben. Wir setzen uns dafür ein, das Resettlement-Programm mit Unterstützung des Flüchtlingshilfswerks UNHCR deutlich auszubauen und zu stärken. So können durch die Vereinten Nationen anerkannte und besonders schutzbedürftige Geflüchtete geordnet und solidarisch auf die Aufnahmeländer verteilt werden. Wir treten dafür ein, dass Geflüchtete ihre Angehörigen nachholen können. Familien gehören zusammen und erleichtern die Integration.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Belarus und der Ukraine, die in EU-Mitgliedstaaten geflüchtet sind, eine Aufenthaltserlaubnis erhalten und in ihren Rechten unterstützt werden?

Wir sollten doch jedem Menschen dankbar sein, der sich nicht an dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine beteiligt und sich in den Dienst von Diktatoren stellt. Und wir sollten diesen Menschen Schutz gewähren, wenn sie dafür verfolgt werden. Dass drohender Wehrdienst in solchen Situationen ein Fluchtgrund ist, hat

der Europäische Gerichtshof in einer Entscheidung bestätigt. So ist auch jeder Russe, der vor Verfolgung aufgrund von Kriegsdienstverweigerung flüchtet, ein Mensch weniger, der Kriegsverbrechen in der Ukraine begehen kann.

Werden Sie sich im Rahmen Ihres Mandates dafür einsetzen, dass die EU keine eigenen Atomwaffen erhält und dass keine gemeinsame Planungs- und Befehlsstruktur für Atomwaffen in der EU geschaffen wird?

Diese Frage stellt sich momentan nicht. Die nukleare Teilhabe der NATO ist und bleibt in voraussehbarer Zeit wichtiger Bestandteil der europäischen Sicherheitsarchitektur. Der russische Angriffskrieg zeigt, dass Drohungen mit Nuklearwaffen leider bittere Realität sind.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für die komplette Abrüstung bzw. den Abzug aller Atomwaffen in den Mitgliedsstaaten der EU stark machen? Derzeit betrifft dies Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien und die Niederlande.

Die SPD hält weiterhin am Ziel einer atomwaffenfreien Welt fest. Wir setzen uns für die Einhaltung und Umsetzung internationaler Abrüstungsverträge ein und unterstützen unterschiedliche Abrüstungsinitiativen. Gleichzeitig erkennen wir an, dass die nukleare Teilhabe der NATO wichtiger Bestandteil der europäischen Sicherheitsarchitektur ist.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die EU eindeutig Position für ein Verbot aller nuklearen Waffen bezieht und den Regierungen ihrer Mitgliedsstaaten empfiehlt, den UN-Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen?

Die SPD hält weiterhin am Ziel einer atomwaffenfreien Welt fest. Wir setzen uns für die Einhaltung und Umsetzung internationaler Abrüstungsverträge ein und unterstützen unterschiedliche Abrüstungsinitiativen. Gleichzeitig erkennen wir an, dass die nukleare Teilhabe der NATO wichtiger Bestandteil der europäischen Sicherheitsarchitektur ist.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die bisherigen Stärken der EU im Bereich der Diplomatie, Mediation und des Aufbaus von Institutionen für Krisenprävention und Menschenrechtsschutz ausgebaut und mit mehr finanziellen Mitteln ausgestattet werden?

Für die EU als Friedensmacht ist Diplomatie ein integraler Bestandteil der Außenpolitik. Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass die Diplomatie Vorrang vor militärischen Mitteln hat.

Werden Sie sich für eine Stärkung des Entwicklungsfonds und für die Aufstockung der Mittel für zivile Krisenprävention und Friedensförderung sowie für Demokratie und Menschenrechte im Globalen Süden einsetzen?

Ja, wir setzen uns für Krisenprävention, Stabilisierung und Friedensförderung ein. Europäische Werte wie die Förderung von Demokratie und Menschenrechten haben

für uns oberste Priorität. Wir arbeiten bei der Umsetzung eng mit der Zivilgesellschaft zusammen und kämpfen für angemessene Mittel im Haushalt.

Werden Sie sich für dafür einsetzen, dass die EU auch im Bereich der Nachbarschaftspolitik (in Osteuropa, im westlichen Balkan und in Nordafrika) die Mittel für zivile Krisenprävention und Friedensförderung, Demokratie und Menschenrechte konsequent stärkt?

Ja, auch im Rahmen der Nachbarschaftspolitik setzen wir uns für zivile Krisenprävention, Friedensförderung und die Förderung von Demokratie sowie den Schutz von Menschenrechten ein.

Werden Sie gegen alle Vorhaben stimmen, die Kooperation bei der Rücknahme von Geflüchteten und der sog. Migrationsabwehr zur Voraussetzung für Europäische Entwicklungszusammenarbeit mit Partnerländern machen?

Ja, wir sind gegen jedwede Konditionalität in diesem Bereich. Entwicklungszusammenarbeit darf nicht von Grenzsicherung oder Rücknahme von Migrant*innen abhängig gemacht werden.

Welche Vorschläge haben sie, um die zivile Dimension der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) auszubauen, und werden Sie sich dafür einsetzen, dass diese personell und finanziell besser ausgestattet wird?

Eine effektive Friedenssicherung bedarf ebenfalls zivile Maßnahmen. Welche Maßnahmen zum Beispiel aus dem Bereich der Klima- oder Entwicklungspolitik dazugehören, muss dann jeweils im Detail geprüft werden.

Werden Sie sich im Fall Ihrer Wahl für eine umfassende Verschärfung der Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes für Rüstungsexporte und für deren einheitliche Anwendung einsetzen?

Als die Friedenspartei in Deutschland setzen wir auch weiterhin auf Diplomatie und Dialog, auf zivile Krisenprävention und Friedensförderung sowie auf Abrüstung und Rüstungskontrolle. Insbesondere in Zeiten der weltweiten Aufrüstung ist es unsere Pflicht als Europäerinnen und Europäer, Initiativen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle aktiv voranzutreiben, denn sie sind Teil einer vorausschauenden Sicherheitspolitik. Wir werden uns deshalb aktiv für ein internationales Regelwerk zu bewaffneten Drohnen einsetzen sowie Rüstungskontrolle und wirksame Regulierung in den Bereichen Biowaffen, Cyber und Künstliche Intelligenz etablieren. Wir halten an dem langfristigen Ziel einer atomwaffenfreien Welt fest.

Werden Sie diese Verschärfung der Kriterien für den Rüstungsexport und ihre einheitliche Umsetzung zur zwingenden Voraussetzung für eine weitere Europäisierung von Rüstungsexporten und Rüstungsexportkontrolle machen?

Klare Kriterien und die einheitliche Umsetzung sind die Voraussetzung für die Europäisierung von Rüstungsexporten. Hier bedarf es insbesondere Sanktionsmechanismen bei Verstößen gegen die bereits im Gemeinsamen Standpunkt aufgeführten Kriterien.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass Rüstungsexporte nicht genehmigt werden dürfen, falls diese die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Empfängerlandes gefährden können?

Nein, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist kein geeignetes Kriterium. Es muss stattdessen eine genaue sicherheitspolitische Analyse durchgeführt werden, die als Grundlage für mögliche Waffenlieferungen nach den geltenden Regeln der Rüstungsexportkontrolle dient.

Werden Sie dafür eintreten, dass bestehende Regelungslücken in den Dual-Use Verordnungen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten (beispielsweise für Überwachungstechnologien) geschlossen werden?

Bereits die aktuell geltenden EU-Regeln für den Export von Dual-Use-Gütern wurden auf Initiative der SPD im Europaparlament verschärft und auch erstmals transparent ausgestaltet. Im Zuge der vermehrt auftretenden Fälle von Umgehung oder Missachtung der EU-Regeln und im Lichte der Debatte um eine europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit, will die Europäische Kommission, eine Forderung der Europa-SPD aufgreifend, die Evaluierung der EU-Verordnung über Güter mit doppeltem Verwendungszweck bereits auf das Jahr 2025 vorziehen und somit möglichen Regelungslücken durch Vorschläge für eine Abänderung der bestehenden Regelungen Rechnung zu tragen und zudem die Ausfuhrkontrollen besser koordinieren.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass zukünftig keine Rüstungsprojekte im Rahmen der Strategischen Europäischen Sicherheitsinitiative (SESI) durch die Europäischen Investitionsbank finanziert werden?

In der aktuellen geopolitischen Lage ist es wichtig, keine potenziellen Finanzierungsquellen für verteidigungspolitische Maßnahmen kategorisch auszuschließen, eine Finanzierung von Rüstungsprojekten durch die Europäische Investitionsbank lehnen wir daher nicht grundsätzlich ab. Für uns gilt aber, dass eine solche Finanzierung nicht zulasten anderer Finanzierungsschwerpunkte der Bank, namentlich etwa für Investitionen in die Klimatransformation oder für innovative soziale Projekte, gehen darf. Eine Finanzierung von Rüstungsprojekten ist also nur möglich, wenn der EIB zusätzliche Mittel über den EU-Haushalt oder durch Garantieleistungen der Mitgliedsstaaten bereitgestellt werden.

Werden Sie sich für ein strenges EU-weites Lieferkettengesetz einsetzen, das die Rüstungsindustrie in vollem Umfang erfasst?

Die Europa-SPD setzt sich für ein starkes und umfassendes europaweites Lieferkettengesetz ein, das alle Großunternehmen unabhängig vom Sektor dazu verpflichtet,

Menschenrechts-, Umwelt- und Klimaschutzvergehen in ihren weltweiten Wertschöpfungsketten vorzubeugen.

Werden Sie dafür eintreten, dass Rüstungsunternehmen im Rahmen des Taxonomiesystems der EU nicht als nachhaltig eingestuft werden?

Wir setzen uns für eine umfassende Taxonomie ein, die auch soziale Kriterien für Nachhaltigkeit beinhaltet. Die Rüstungsgüterproduktion erfüllt aus unserer Sicht diese Kriterien nicht.

Werden Sie gegen die von der EU-Kommission geplante Verwendung von 1,5 Mrd. Euro zur Steigerung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit im Rüstungsbereich stimmen?

Die SPD-Abgeordneten haben die Erhöhung der Mittel zur Steigerung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit im Rüstungsbereich im Rahmen der Revision des mehrjährigen Finanzrahmens bis 2027 mitgetragen. Die Revision sieht darüber hinaus unter anderem zusätzliche Mittel in der Entwicklungszusammenarbeit vor. Die Mittel zur Steigerung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit können einen Beitrag dazu leisten, Effizienzgewinne in der Rüstungsindustrie durch Skaleneffekte und eine verstärkte europäische Zusammenarbeit in diesem Bereich herzustellen. Es ist unser Ziel, die Finanzierung der europäischen Verteidigung so effizient wie möglich zu gestalten, damit wir die freiwerdenden öffentlichen Mittel für andere Prioritäten einsetzen können.

Wie werden Sie sich einsetzen für eine weltoffene, demokratische und humane Gesellschaft, in der das Recht auf Asyl respektiert und die Aufnahme Asylsuchender gemäß den internationalen Verpflichtungen gewährleistet wird?

Aus unserer eigenen Geschichte heraus ist das Recht auf Asyl, als Eckpfeiler sozialdemokratischer Politik fest in unseren Grundwerten verankert und für uns nicht verhandelbar. Für uns besteht kein Zweifel daran, dass, wer des Schutzes bedarf, auch Zuflucht finden sollte. Unsere Migrationspolitik beruht auf dem Grundprinzip der Humanität. Gleichzeitig benötigen wir – um die Zustimmung zu einer am Grundsatz der Humanität ausgerichteten Asyl- und Flüchtlingspolitik zu erhalten – ebenfalls Ordnung und Steuerung bei der Migration. Wir wollen gewährleisten, dass Deutschland mit der Flüchtlingsaufnahme seinen völkerrechtlichen, europarechtlichen, humanitären wie auch verfassungsrechtlichen Verpflichtungen selbstverständlich nachkommt. Für die SPD gilt dabei unmissverständlich: Das individuelle Menschenrecht auf Asyl und das internationale Flüchtlingsrecht sind die unumstößliche Basis für jede Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems. Das ist für uns nicht verhandelbar.

Werden Sie sich für einen Stopp der GEAS-Reform einsetzen?

Die EU ist auf gemeinsamen Werten aufgebaut. Die Werte der Humanität, der Solidarität und die zugrunde gelegte grundsätzliche Menschenfreundlichkeit verlangen eine gemeinsame Antwort auf Flucht und Vertreibung von so vielen Menschen. Es ist gut, dass sich nach jahrelangem Streit die Mitgliedsstaaten auf eine Reform des

GEAS geeinigt haben. Diese wichtige Einigungsfähigkeit muss sich jetzt in der Praxis beweisen. Wir wollen, dass ein gemeinsames System nicht länger nur auf dem Papier existiert, sondern von allen Mitgliedsstaaten angemessen getragen wird und den schutzsuchenden Menschen in der Praxis Hilfe leistet. Für die SPD gilt dabei unmissverständlich: Das individuelle Menschenrecht auf Asyl und das internationale Flüchtlingsrecht sind die unumstößliche Basis für dieses GEAS. Das war und ist für uns nicht verhandelbar. Deshalb stellen wir klar, dass ein faires Asylverfahren mit hohen rechtsstaatlichen Standards immer auch in Grenzverfahren gewährleistet sein muss.

Was werden Sie unternehmen, um einen sofortigen Stopp der illegalen Praxis an den europäischen Außengrenzen (Pushbacks) zu erreichen?

Wir fordern bei der Gewährleistung des Außengrenzschutzes der EU die Einhaltung aller humanitären und rechtsstaatlichen Vorschriften. Wir stellen klar: Pushbacks sind eine eklatante Verletzung des Völkerrechts. Ein Tolerieren durch oder gar eine Beteiligung von Behörden der Mitgliedsstaaten oder von Frontex darf es unter keinen Umständen geben.

Werden Sie sich dafür stark machen, dass die EU-Grenzschutzagentur Frontex sich an menschenrechtliche und völkerrechtliche Grundsätze hält?

Ja, illegale Zurückweisungen müssen unverzüglich eingestellt und sanktioniert werden. Wir unterstützen daher ausdrücklich ein unabhängiges Monitoring aller nationalen Aktivitäten im Kontext Migration und Asyl. Dabei muss insbesondere die Europäische Grenzschutzagentur Menschenrechtsverletzungen aufklären und, wo immer möglich, verhindern. Damit die EU-Außengrenzen rechtsstaatlich und sicher sind, braucht es weiterhin eine umfassende Prüfung der systematischen und strukturellen Probleme der größten EU-Agentur.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Geflüchtete an den EU-Grenzen menschenrechtskonform behandelt werden, dass sie sicher einreisen und Asylanträge auf EU-Gebiet stellen können und weder Pushbacks noch Abschiebung in unsichere Drittstaaten befürchten müssen?

Ja, wie zu Frage 2 [Frage zur GEAS-Reform, d. Red.] bereits ausgeführt, steht für uns fest, dass ein faires Asylverfahren mit hohen rechtsstaatlichen Standards auch in beschleunigten Grenzverfahren gewährleistet sein muss. Es gilt das, was in der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) völkerrechtlich verbindlich geregelt ist. Die GFK ist unmittelbar geltendes Europarecht (Artikel 18 der EU-Grundrechtcharta), an das sich alle Mitgliedstaaten zu halten haben.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die international verbrieften Rechte von Migrant*innen beachtet werden, dass der UN-Migrationspakt umgesetzt und dass in diesem Rahmen (auch) mehr legale Wege der Zuwanderung auch nach Deutschland ermöglicht werden?

Ja, wir wollen legale Zugangswege für geflüchtete Menschen schaffen. Dabei spielt die gezielte Aufnahme von Menschen direkt aus Aufnahmelagern des UNHCR (Resettlement) eine wichtige Rolle. Entsprechende Programme sind bereits freiwillig möglich. Wir wollen, dass diese gut steuer- und kontrollierbare Maßnahme verstärkt genutzt wird. Dabei ist klar, dass wir das individuelle Recht auf Asyl in Europa verteidigen und eine Auslagerung des Asylsystems auf Drittstaaten ablehnen. Auch braucht es sicherere Fluchtrouten, um das Sterben vor allem auf dem Mittelmeer zu verhindern. Deshalb treten wir unter anderem weiter für humanitäre Visa ein: Menschen mit Verfolgungsgeschichte sollen an Auslandsvertretungen der Europäischen Union eine kursorische Asyl-Vorprüfung erhalten, um ihnen hiernach den lebensgefährlichen Weg über das Mittelmeer zu ersparen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Belarus und der Ukraine, die in EU-Mitgliedstaaten geflüchtet sind, eine Aufenthaltserlaubnis erhalten und in ihren Rechten unterstützt werden?

Wir sind froh und haben uns sehr dafür eingesetzt, dass es schon früh nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine eine positive asylrechtliche Handhabe für jene gibt, die aus der russischen Armee desertieren. Angesichts der extrem verschärften strafrechtlichen Sanktionen und den Berichten von Gräueltaten halten wir es für regelmäßig gegeben an, dass russischen Deserteuren eine asylberechtigende Verfolgung droht. Auch bei denjenigen, die sich schon vorab des Kriegsdienstes in der russischen oder auch belarussischen Armee verweigern, wollen wir, dass die erforderliche Sensibilität von den zuständigen Behörden an den Tag gelegt wird. Jeder Soldat wie auch jeder potentielle Soldat, der sich entscheidet, nicht an Putins völkerrechtswidrigen Krieg mitzuwirken und sich dadurch einer Verfolgungsgefahr aussetze, sollte als schutzbedürftig gelten. Eine solche Handhabe wollen wir auch in anderen Mitgliedstaaten der EU verankert wissen.

FDP

Werden Sie sich im Rahmen Ihres Mandates dafür einsetzen, dass die EU keine eigenen Atomwaffen erhält und dass keine gemeinsame Planungs- und Befehlsstruktur für Atomwaffen in der EU geschaffen wird?

Antwort steht noch aus.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für die komplette Abrüstung bzw. den Abzug aller Atomwaffen in den Mitgliedsstaaten der EU stark machen? Derzeit betrifft dies Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien und die Niederlande.

Antwort steht noch aus.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die EU eindeutig Position für ein Verbot aller nuklearen Waffen bezieht und den Regierungen ihrer Mitgliedsstaaten empfiehlt, den UN-Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen?

Antwort steht noch aus.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die bisherigen Stärken der EU im Bereich der Diplomatie, Mediation und des Aufbaus von Institutionen für Krisenprävention und Menschenrechtsschutz ausgebaut und mit mehr finanziellen Mitteln ausgestattet werden?

Antwort steht noch aus.

Werden Sie sich für eine Stärkung des Entwicklungsfonds und für die Aufstockung der Mittel für zivile Krisenprävention und Friedensförderung sowie für Demokratie und Menschenrechte im Globalen Süden einsetzen?

Antwort steht noch aus.

Werden Sie sich für dafür einsetzen, dass die EU auch im Bereich der Nachbarschaftspolitik (in Osteuropa, im westlichen Balkan und in Nordafrika) die Mittel für zivile Krisenprävention und Friedensförderung, Demokratie und Menschenrechte konsequent stärkt?

Antwort steht noch aus.

Werden Sie gegen alle Vorhaben stimmen, die Kooperation bei der Rücknahme von Geflüchteten und der sog. Migrationsabwehr zur Voraussetzung für Europäische Entwicklungszusammenarbeit mit Partnerländern machen?

Antwort steht noch aus.

Welche Vorschläge haben sie, um die zivile Dimension der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) auszubauen, und werden Sie sich dafür einsetzen, dass diese personell und finanziell besser ausgestattet wird?

Antwort steht noch aus.

Werden Sie sich im Fall Ihrer Wahl für eine umfassende Verschärfung der Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes für Rüstungsexporte und für deren einheitliche Anwendung einsetzen?

Antwort steht noch aus.

Werden Sie diese Verschärfung der Kriterien für den Rüstungsexport und ihre einheitliche Umsetzung zur zwingenden Voraussetzung für eine weitere Europäisierung von Rüstungsexporten und Rüstungsexportkontrolle machen?

Antwort steht noch aus.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass Rüstungsexporte nicht genehmigt werden dürfen, falls diese die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Empfängerlandes gefährden können?

Antwort steht noch aus.

Werden Sie dafür eintreten, dass bestehende Regelungslücken in den Dual-Use Verordnungen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten (beispielsweise für Überwachungstechnologien) geschlossen werden?

Antwort steht noch aus.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass zukünftig keine Rüstungsprojekte im Rahmen der Strategischen Europäischen Sicherheitsinitiative (SESI) durch die Europäischen Investitionsbank finanziert werden?

Antwort steht noch aus.

Werden Sie sich für ein strenges EU-weites Lieferkettengesetz einsetzen, das die Rüstungsindustrie in vollem Umfang erfasst?

Antwort steht noch aus.

Werden Sie dafür eintreten, dass Rüstungsunternehmen im Rahmen des Taxonomiesystems der EU nicht als nachhaltig eingestuft werden?

Antwort steht noch aus.

Werden Sie gegen die von der EU-Kommission geplante Verwendung von 1,5 Mrd. Euro zur Steigerung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit im Rüstungsbereich stimmen?

Antwort steht noch aus.

Wie werden Sie sich einsetzen für eine weltoffene, demokratische und humane Gesellschaft, in der das Recht auf Asyl respektiert und die Aufnahme Asylsuchender gemäß den internationalen Verpflichtungen gewährleistet wird?

Antwort steht noch aus.

Werden Sie sich für einen Stopp der GEAS-Reform einsetzen?

Antwort steht noch aus.

Was werden Sie unternehmen, um einen sofortigen Stopp der illegalen Praxis an den europäischen Außengrenzen (Pushbacks) zu erreichen?

Antwort steht noch aus.

Werden Sie sich dafür stark machen, dass die EU-Grenzschutzagentur Frontex sich an menschenrechtliche und völkerrechtliche Grundsätze hält?

Antwort steht noch aus.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Geflüchtete an den EU-Grenzen menschenrechtskonform behandelt werden, dass sie sicher einreisen und Asylanträge auf EU-Gebiet stellen können und weder Pushbacks noch Abschiebung in unsichere Drittstaaten befürchten müssen?

Antwort steht noch aus.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die international verbrieften Rechte von Migrant*innen beachtet werden, dass der UN-Migrationspakt umgesetzt und dass in diesem Rahmen (auch) mehr legale Wege der Zuwanderung auch nach Deutschland ermöglicht werden?

Antwort steht noch aus.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Belarus und der Ukraine, die in EU-Mitgliedstaaten geflüchtet sind, eine Aufenthaltserlaubnis erhalten und in ihren Rechten unterstützt werden?

Antwort steht noch aus.

Die Linke

Werden Sie sich im Rahmen Ihres Mandates dafür einsetzen, dass die EU keine eigenen Atomwaffen erhält und dass keine gemeinsame Planungs- und Befehlsstruktur für Atomwaffen in der EU geschaffen wird?

Ja, wir wollen keine atomar bewaffnete EU und auch keine Planungs- und Befehlsstruktur für Atomwaffen in der EU. Unsere Haltung zu Atomwaffen ist klar: Wir wollen ein Europa ohne Massenvernichtungswaffen. Die EU darf keine eigenen Atomwaffen haben. Deutschland und die EU müssen dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten und sich für eine Wiederauflage des Vertrags über Abrüstung und Vernichtung von Mittel- und Kurzstreckenraketen in ganz Europa einsetzen.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für die komplette Abrüstung bzw. den Abzug aller Atomwaffen in den Mitgliedsstaaten der EU stark machen? Derzeit betrifft dies Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien und die Niederlande.

Ja, denn wir wollen ein Europa ohne Massenvernichtungswaffen. Dazu gehört, dass wir eigene nationalstaatliche Atomwaffen ablehnen und auch die Nukleare Teilhabe, bei der ausgewählte europäische Staaten (im Kriegsfall unter bestimmten Voraussetzungen) auf bei ihnen stationierte US-amerikanische Atomwaffen zugreifen dürfen, wollen wir beenden. Nicht zuletzt sind dank ihr in Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien und den Niederlanden Atomwaffen stationiert.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die EU eindeutig Position für ein Verbot aller nuklearen Waffen bezieht und den Regierungen ihrer Mitgliedsstaaten empfiehlt, den UN-Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen?

Ja. Wir wollen die Atomwaffen von EU-Staaten wie Frankreich abrüsten und die Nukleare Teilhabe anderer EU-Staaten beenden. Massenvernichtungswaffen jedweder Art haben keinen Platz auf dieser Welt. Im Kalten Krieg haben Staaten zum Teil bewusst abgerüstet, um andere Staaten zum Abrüsten zu bewegen. Das war mutig und hat die Sicherheit für alle Beteiligten erhöht. Eine Welt frei von Nuklearwaffen setzt voraus, dass es Staaten gibt, die den ersten Schritt wagen. Die Staaten der EU müssen daher mit der Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages vorangehen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die bisherigen Stärken der EU im Bereich der Diplomatie, Mediation und des Aufbaus von Institutionen für Krisenprävention und Menschenrechtsschutz ausgebaut und mit mehr finanziellen Mitteln ausgestattet werden?

Ja. Konkrete Alternativen zu einer Außenpolitik mit militärischen Mitteln stehen im Zentrum unserer Forderungen. Dazu muss die EU zivile Konfliktlösungskapazitäten, internationalen Katastrophenschutz und Entwicklungszusammenarbeit stärken. Deshalb wollen wir einen zivilen europäischen Friedensdienst gründen und zivile Strukturen für internationalen Katastrophenschutz aufbauen. Dazu bedarf es zusätzlicher Mittel. Die Linke streitet für eine angemessene Besteuerung, die Reiche und

Konzerne in die Pflicht nimmt. Zudem werden zu viele der öffentlichen Einnahmen für Militär und Rüstung aufgewendet, zum Teil unter Umgehung des EU-Vertrages. Für die Unterfinanzierung von Diplomatie und Mediation haben wir kein Verständnis. Geld wäre genug da.

Werden Sie sich für eine Stärkung des Entwicklungsfonds und für die Aufstockung der Mittel für zivile Krisenprävention und Friedensförderung sowie für Demokratie und Menschenrechte im Globalen Süden einsetzen?

Ja. Die Struktur dieser Bereiche hat sich aber verändert: Bis 2018 existierten für die Umsetzung der EU-Außenpolitik acht verschiedene Finanzierungsinstrumente. Im »Instrument für Nachbarschaft, Entwicklung und internationale Zusammenarbeit« (engl. NDICI) sind davon nun fast alle zusammengelegt – auch der Europäische Entwicklungsfonds. Die EU-Kommission wollte »sich auf strategische Prioritäten« konzentrieren: geografisch – die europäische Nachbarschaft und Afrika – und in Bezug auf Sicherheit, Bekämpfung der irregulären Migration, Klimawandel und Umwelt sowie Menschenrechte und Demokratie. Wir haben diese Zusammenlegung und Ausrichtung scharf kritisiert. Mit der geplanten Zusammenlegung verschiedener Budgets und Entwicklungshilfe zu einem Instrument (NDICI) wird die EU-Entwicklungshilfepolitik intransparenter und der Fokus verschiebt auf ‚Hilfen‘ bei der Migrationsabwehr. Zudem enthält es, wie vorher schon, das Instrument für Stabilität, die Ausbildung von Polizei und Militär. Das NDICI will die Budgets für sicherheits-, entwicklungs- und friedenspolitische Aufgaben bündeln und »flexibler« machen. Das führt zu weniger öffentlicher und demokratischer Kontrolle. Die unmittelbare Verknüpfung von Entwicklungshilfe und Migrationsabwehr ist für uns inakzeptabel. So rückt Fluchtursachen zu bekämpfen in den Hintergrund, zugunsten von Abschottung und Bekämpfung »irregulärer Migration«.

Werden Sie sich für dafür einsetzen, dass die EU auch im Bereich der Nachbarschaftspolitik (in Osteuropa, im westlichen Balkan und in Nordafrika) die Mittel für zivile Krisenprävention und Friedensförderung, Demokratie und Menschenrechte konsequent stärkt?

Ja. Wir wollen Mittel für EU-Nachbarschaftspolitik, zivile Krisenprävention und Friedensförderung, Demokratie und Menschenrechte stärken. Wir haben uns immer für eine Nachbarschaftspolitik auf Augenhöhe und zu beidseitigem Vorteil ausgesprochen. Das entspricht nicht der politischen Ausrichtung der EU- Nachbarschaftspolitik bzw. der Heranführungspolitik bei Beitrittskandidaten wie beispielsweise auf dem Balkan oder in Osteuropa und der Ukraine. Wir unterstützen die Stärkung von ziviler Krisenprävention und Friedensförderung, Demokratie und Menschenrechten, doch die EU-Instrumente sind nicht prioritär auf diese Bereiche ausgerichtet. Das geostrategische Interesse der EU steht im Fokus - das wird offen formuliert. Zudem werden die Budgets aus unserer Sicht auch missbraucht. Beispielsweise wurde das sogenannte EU-Türkei-Abkommen von 2016, das die EU stärker gegen Flüchtlinge abschotten sollte, durch das Heranführungsinstrument für Beitrittskandidaten (IPA) finanziert. Das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI) finanziert zwar die Stärkung von Menschenrechten und ziviler Krisenprävention. Aber nicht in dem Umfang und der Art und Weise, wie wir es

für nötig halten und immer mit dem geopolitischen Fokus herrschender EU-Interessen.

Werden Sie gegen alle Vorhaben stimmen, die Kooperation bei der Rücknahme von Geflüchteten und der sog. Migrationsabwehr zur Voraussetzung für Europäische Entwicklungszusammenarbeit mit Partnerländern machen?

Ja. Wir stimmen immer dagegen. Die Militarisierung und Vorverlagerung der EU-Außengrenzen zum Zweck der Migrationsabwehr ist ein brutaler und inhumaner Verstoß gegen die Charta der Europäischen Grundrechte. Das umfasst auch die Kooperation mit autoritären Staaten, die sich selbst kaum an humanitäre Standards oder die Nachhaltigkeitsziele der UN gebunden fühlen. Nicht zuletzt schadet die Migrationsabwehr den lokalen Zivilgesellschaften, weil repressive Staatsapparate ausgebaut werden. Die von der EU betriebene Migrationsabwehr destabilisiert selbst verhältnismäßig demokratische Gesellschaften und kann deshalb keine Voraussetzung für Entwicklungszusammenarbeit sein. Das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) wird die Probleme verschärfen, weil es die Registrierung, Identitäts- und Asylprüfung in Asylzentren an die EU-Außengrenzen verlagert und schneller abschicken soll. Die EU macht sich beim Bau der Festung Europa von Drittstaaten abhängig und erhöht deshalb den Druck auf sie. Statt einer weiteren Militarisierung der Grenzen braucht es legale Fluchtwege zum Beispiel durch eine Ausweitung der Aufnahmeregeln für Schutzbedürftige.

Welche Vorschläge haben sie, um die zivile Dimension der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) auszubauen, und werden Sie sich dafür einsetzen, dass diese personell und finanziell besser ausgestattet wird?

Eine echte zivile GSVP ist nicht möglich. Zivile Ansätze wie Disarmament Demobilisation Reintegration (DDR), Mediation und friedliche/diplomatische Konflikthilfe müssten versucht werden. Zivile GSVP-Missionen, wie die EUBAM in Libyen, die EUCAP Mali aber auch die EUPOL Afghanistan sind gescheitert. Letztlich sollen »zivile« Missionen EU-Interessen durchsetzen. Zumeist beinhalten sie die Ausbildung im Grenzmanagement oder Abwehr von Geflüchteten; auch Polizeitraining, das vor allem autokratische Regime gegen Oppositionelle oder zur vermeintlichen Terrorbekämpfung nutzen. Die zivil-militärische Zusammenarbeit fokussiert auf Migrationsabwehr. Entwicklungshilfe dient als Finanzierungsmittel. Die zivile GSVP ist eng mit den geopolitischen Bestrebungen der EU verbunden. Wir fordern eine rein zivile EU-Außenpolitik, eine Entwicklungshilfepolitik, die sich weder finanziell noch praktisch mit Sicherheits- und Verteidigungspolitik vermischt und von den Grundsätzen der Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit geleitet wird. Wir wenden uns gegen die Instrumentalisierung der zivilen GSVP/GASP zur Förderung oder Durchsetzung von strategischen, militärischen, wirtschaftlichen oder sonstigen Zielen der EU.

Werden Sie sich im Fall Ihrer Wahl für eine umfassende Verschärfung der Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes für Rüstungsexporte und für deren einheitliche Anwendung einsetzen?

Ja. Wir lehnen Rüstungsexporte grundsätzlich ab. Eine konsequente Anwendung der 8 Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes würde dazu führen, dass es so gut wie keine Rüstungsexporte mehr gäbe. Leider werden Kriterien selektiv angewendet. Deshalb fordern wir schon seit Jahren die strikte Anwendung und Durchsetzung des rechtlich bindenden Gemeinsamen Standpunkts bzw. der 8 Kriterien, inklusive eines Sanktionsmechanismus bei Nichtbefolgung durch die Mitgliedsstaaten.

Werden Sie diese Verschärfung der Kriterien für den Rüstungsexport und ihre einheitliche Umsetzung zur zwingenden Voraussetzung für eine weitere Europäisierung von Rüstungsexporten und Rüstungsexportkontrolle machen?

Ja. Eine Europäisierung der Rüstungsexportkriterien darf nicht zu einer Aufweichung der Exportkriterien führen oder gezielt für eine Ausweitung von Rüstungsexporten betrieben werden. Deswegen sind wir für die strikte Anwendung der 8 Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes. Problematisch ist, dass Kontrollmöglichkeiten im Rahmen des Gemeinsamen Standpunktes nicht gegeben sind. Sie erfolgen maximal auf nationalstaatlicher Ebene und nicht zentral europäisch und auch nicht transparent. Eine Europäisierung muss also das klare Ziel haben, hier nachzuschärfen.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass Rüstungsexporte nicht genehmigt werden dürfen, falls diese die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Empfängerlandes gefährden können?

Ja. Wir lehnen Rüstungsexporte ab. Solange es noch kein grundsätzliches Verbot von Rüstungsexporten gibt, müssen diese so restriktiv wie möglich gehandhabt werden. Wenn Rüstungsexporte Gefahr laufen, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Empfängerlandes zu gefährden, dann ist dies ein Indikator dafür, dass sehr wahrscheinlich bereits zuvor andere Kriterien zu lax gehandhabt wurden. Dennoch sind alle Maßnahmen, die Rüstungsexporte erschweren, ein Gewinn für den Frieden. Daher muss auch dieses Kriterium aufgewertet werden.

Werden Sie dafür eintreten, dass bestehende Regelungslücken in den Dual-Use Verordnungen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten (beispielsweise für Überwachungstechnologien) geschlossen werden?

Ja. Das fordern wir weiterhin - insbesondere bei Überwachungstechnologien. Gerade mit Blick auf Künstliche Intelligenz wird das zunehmend wichtiger und dringender. Wir fordern ein EU-weites Exportverbot von biologischen beziehungsweise chemischen Dual-Use-Gütern an Staaten, die die jeweilige Konvention zum Verbot biologischer oder chemischer Waffen nicht unterzeichnet und ratifiziert haben.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass zukünftig keine Rüstungsprojekte im Rahmen der Strategischen Europäischen Sicherheitsinitiative (SESI) durch die Europäischen Investitionsbank finanziert werden?

Ja. Ein direkter europäischer Rüstungshaushalt oder aber die Finanzierung nationaler Militärhaushalte sind der EU auf Basis des geltenden EU-Vertrags nicht möglich.

Artikel 41 (2) des EU-Vertrages verbietet »Ausgaben aufgrund von Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen« aus dem EU-Haushalt zu bestreiten. Stattdessen werden immer neue Umwege gesucht, Rüstung doch über die europäische Ebene zu finanzieren: durch die Finanzierung von Rüstungsforschung oder als Industriepolitik. Mit der Vergabe von Krediten öffentlicher Förderbanken für Rüstungsprojekte wird das Verbot der Rüstungsfinanzierung einmal mehr umgangen, wir lehnen das ab. Wir brauchen Instrumente und Finanzierung für eine gemeinsame europäische Industriepolitik, um den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft voranzubringen. Jeder Cent für Rüstung ist nicht nur friedenspolitisch ein Problem, sondern verlangsamt auch diese Transformation.

Werden Sie sich für ein strenges EU-weites Lieferkettengesetz einsetzen, das die Rüstungsindustrie in vollem Umfang erfasst?

Ja. Wir treten für ein strenges EU-weites Lieferkettengesetz ein, das möglichst viele Betriebe umfasst. Gerade auch die deutsche Rüstungsindustrie besitzt eine Vielzahl von Firmen, die weniger als 1000 Beschäftigte haben und Nischen- und Zulieferbetriebe und einen Jahresumsatz von 450 Millionen oft nicht erreichen. Wir fordern, dass auch Unternehmen mit weniger Beschäftigten unter das Lieferkettengesetz fallen. Solange die Schwellenwerte so hoch sind, wird die Rüstungsindustrie nicht voll erfasst.

Werden Sie dafür eintreten, dass Rüstungsunternehmen im Rahmen des Taxonomiesystems der EU nicht als nachhaltig eingestuft werden?

Ja. Der Ressourcenverbrauch für die Herstellung und den Betrieb schwerer militärischer Fahrzeuge, ob zu Land, zur See oder in der Luft ist enorm. Hinzu kommen die Aufwendungen für die Herstellung von Munition samt des Einsatzes schädlicher Chemikalien. Die Einstufung von Rüstungsunternehmen als nachhaltig ist Irrsinn.

Werden Sie gegen die von der EU-Kommission geplante Verwendung von 1,5 Mrd. Euro zur Steigerung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit im Rüstungsbereich stimmen?

Ja. Das ist ein Versuch, das im EU-Vertrag formulierte Finanzierungsverbot von Rüstung durch die europäische Ebene zu umgehen. Artikel 41 (2) verbietet es »Ausgaben aufgrund von Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen« aus dem Haushalt der EU zu bestreiten. Die immer neuen Methoden, den EU-Vertrag zu umgehen, zielen darauf, das Verbot gänzlich zu kippen. Auch deshalb werden wir die Pläne der EU-Kommission ablehnen.

Wie werden Sie sich einsetzen für eine weltoffene, demokratische und humane Gesellschaft, in der das Recht auf Asyl respektiert und die Aufnahme Asylsuchender gemäß den internationalen Verpflichtungen gewährleistet wird?

Die Linke steht für eine humane Asylpolitik, die ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen nachkommt. Dazu gehört ein solidarisches und humanes Aufnahmesystem,

in dem eine menschenwürdige Versorgung und Unterbringung von Schutzsuchenden jederzeit uneingeschränkt gewährleistet wird. Dazu gehört auch eine zügige Familienzusammenführung und die Berücksichtigung der individuellen Belange der Schutzsuchenden. Geflüchtete an den Grenzen zurückzustoßen (»pushbacks«) verstößt gegen Internationales Recht. Seenotrettung ist rechtlich verpflichtend. Wir wollen sie öffentlich, verlässlich und legal.

Werden Sie sich für einen Stopp der GEAS-Reform einsetzen?

Die GEAS Reform wurde am 10. April beschlossen; die linken Abgeordneten haben alle dagegen gestimmt. Die Reform verletzt die Rechte von Schutzsuchenden: Sie werden an den EU-Außengrenzen massenhaft eingesperrt, festgehalten, kriminalisiert und möglichst schnell abgeschoben, wenn möglich auch in sogenannte »sichere Drittstaaten«. Sie werden keinen Rechtsbeistand in diesen Grenzverfahren haben. Als Linke verteidigen wir das Recht auf Asyl. Wir werden weiter zusammen mit Organisationen aus der Zivilgesellschaft und allen, die die Menschenrechte verteidigen wollen, für volles individuelles Asylrecht, legale Fluchtwege und Schutz für alle, die es brauchen, streiten. Wir kämpfen weiter für die Umsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention und eine Welt, in der sich alle frei bewegen können, aber niemand zur Flucht gezwungen wird.

Was werden Sie unternehmen, um einen sofortigen Stopp der illegalen Praxis an den europäischen Außengrenzen (Pushbacks) zu erreichen?

Die Linke im Europäischen Parlament hat das »Blackbook of Pushbacks« in mehreren Auflagen veröffentlicht: Auf über 3 000 Seiten wird die systematische Gewalt an den europäischen Grenzen belegt, mehr als tausend Zeugenaussagen von Menschen auf der Flucht wurden von unabhängigen Expert*innen des Border Violence Monitoring Network (BVMN) zusammengestellt: Fast 25 000 Tausend Menschen sind geschlagen, getreten, gedemütigt und willkürlich inhaftiert worden, bevor sie illegal zurückgeschoben wurden, an den Außengrenzen der EU und im Inneren der Mitgliedstaaten. Pushbacks sind illegal, sie verstoßen gegen die Genfer Flüchtlingskonvention. Wir werden weiter Öffentlichkeit schaffen und alle unsere Kraft im Parlament und in der Öffentlichkeit für eine zivile öffentliche Seenotrettung und geordnete Verfahren an den Grenzen im Einklang mit den Menschenrechten einsetzen.

Werden Sie sich dafür stark machen, dass die EU-Grenzschutzagentur Frontex sich an menschenrechtliche und völkerrechtliche Grundsätze hält?

Ja. Frontex entzieht sich demokratischer Kontrolle und ist nicht geeignet, Aufgaben in einem Aufnahmesystem für Schutzsuchende innerhalb der EU zu übernehmen. Sie ist zweifellos an illegalen Pushbacks beteiligt und perfektioniert die Abschottung und Abschiebungen der EU. Mit 922 Millionen Euro (im Jahr 2024) ist keine EU-Agentur besser finanziert als Frontex. Wir wollen, dass die EU-Grenzschutzagentur umgewandelt wird in eine Agentur für zivile Seenotrettung.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Geflüchtete an den EU-Grenzen menschenrechtskonform behandelt werden, dass sie sicher einreisen und Asylanträge auf EU-Gebiet stellen können und weder Pushbacks noch Abschiebung in unsichere Drittstaaten befürchten müssen?

Ja. Das Chaos an den Grenzen ist politisches Versagen. Es braucht verlässliche Asylverfahren, die mit internationalem Recht und den Menschenrechten vereinbar sind. Die Einschätzung der »sicheren« Drittstaaten in der GEAS ist mehr als fragwürdig und schließt Staaten ein, die erst kürzlich wegen Menschenrechtsverletzungen in der Kritik standen. Die Linke verteidigt das Recht auf Asyl, wir wollen legale, sichere Fluchtwege. Abschiebungen in die Gefahr für Gesundheit und Leben lehnen wir ab.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die international verbrieften Rechte von Migrant*innen beachtet werden, dass der UN-Migrationspakt umgesetzt und dass in diesem Rahmen (auch) mehr legale Wege der Zuwanderung auch nach Deutschland ermöglicht werden?

Ja. Seit 1993 sind mindestens 44 000 Schutzsuchende im Mittelmeer gestorben. Wir stehen für ein offenes Europa, das schutzsuchende Menschen würdevoll aufnimmt. Es braucht es legale und sichere Fluchtwege in die EU, humanitäre Visa zur legalen Einreise oder die Aufhebung des Visumszwangs für Schutzsuchende. Familiennachzug muss uneingeschränkt gewährleistet werden. Wir wollen einen EU-Fonds für Willkommenskommunen: Kommunen, die die Bedingungen für Willkommenskultur verbessern wollen, können damit Mittel für Versorgung und Integration von Geflüchteten beantragen. Diese Investitionsmittel können von ihnen allgemein für die öffentliche Daseinsvorsorge genutzt werden.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Belarus und der Ukraine, die in EU-Mitgliedstaaten geflüchtet sind, eine Aufenthaltserlaubnis erhalten und in ihren Rechten unterstützt werden?

Ja. Wer desertiert und den Kriegsdienst verweigert, muss im Heimatland mit drastischen Strafen rechnen. Diese Menschen muss Schutz gewährt werden. Das gilt erst recht in laufenden Kriegen. Trotz anderslautender Versprechungen gibt es zwei Jahre nach Beginn des Ukrainekriegs für Menschen, die sich nicht an diesem Krieg beteiligen wollen, keine legalen Fluchtwege nach Europa und kaum Aussicht auf Flüchtlingsschutz in der EU. Die Linke verteidigt das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung und das Recht auf Asyl für alle Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen.